

Gefahr für »Großeuropa«

Politische Signale für EU aus Athen

Rainer Rupp

Die erste Amtshandlung des neuen griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras war eine Kranzniederlegung an der Gedenkstätte bei Kesariani. Dort hatten am 1. Mai 1944 deutsche Soldaten 200 griechische Geiseln erschossen. Die Bundesregierung weigert sich bis heute, Verantwortung für dieses und andere deutsche Verbrechen zu übernehmen, geschweige denn an eine »Wiedergutmachung« zu denken. Tsipras' zweiter offizieller Akt war ein Treffen mit dem Botschafter Russlands. Brüssel und Berlin müssen nun um den Fortbestand der EU-Front gegen Moskau fürchten, zumal der russische Landwirtschaftsminister Nikolai Fjodorow in der vergangenen Woche Athen ein »unmoralisches« Angebot gemacht hatte: »Wenn Griechenland die EU verlassen muss, werden wir unsere eigenen Beziehungen zu dem Land verbessern und unser Importverbot für EU-Lebensmittel wird dann für Griechenland nicht mehr gelten.«

Tsipras hat den »Großeuropäern« in Berlin und den Eurokraten in Brüssel deutliche Zeichen geschickt. Er scheint nicht bereit, klein beizugeben. Für das neoliberale EU-Projekt ist das eine ernste Gefahr. Denn ihm waren bisher alle Regierungen und die Eliten aller Mitgliedsländer verpflichtet. Den »Spitzen der Gesellschaft« garantierte es die eigenen Vermögen und Karrieren. Anfangs konnten sie sich auf die EU-Begeisterung in vielen Ländern stützen. Vor mehr als einem Jahrzehnt aber wurde klar, dass trotz wachsender Wirtschaftsleistung immer weniger Wohlstand »von oben« zu den Unteren durchsickert. Die von Deutschland und Brüssel in den Krisenjahren seit 2008 durchgesetzte Politik führte in vielen Ländern zu sozialem Kahlschlag und Massenarmut. Nicht nur bei den Betroffenen ist jeder Enthusiasmus für die EU verflogen.

Aber die Eliten profitierten unberührt von den sozialen Katastrophen weiterhin vom EU-Konstrukt. Das war die Basis für den Konsens, die asoziale Politik der Gemeinschaft auf Regierungsebene nie in Frage zu stellen. Damit ist jetzt Schluss. Schon jetzt hat Tsipras die

Lage verändert. Er ernannte z. B. den international bekannten Ökonomen und radikalen Euro-Kritiker Giannis Varoufakis zum Finanzminister. Der nimmt kein Blatt vor den Mund. So erklärte er, den Euro nicht abschaffen zu wollen, fordert aber eine Währung, die Wiederaufbau, soziale Gerechtigkeit und Fortschritt ermöglicht. Wenn das mit dem Euro nicht möglich sei, weil z. B. Deutschland sich querstelle, müsse Griechenland es ohne die Gemeinschaftswährung versuchen. Dem würden zwar ein paar harte Übergangsjahre folgen, aber schlimmer als jetzt, da Griechenland auf Jahrzehnte keine Hoffnung auf Besserung habe, könne es nicht werden. Fest steht, dass Tsipras und Varoufakis eine große Gefahr für die neoliberalen Großeuropäer sind. Denn das griechische Beispiel könnte Schule machen und andere, gleichgesinnte Kräfte – insbesondere in Spanien und Italien – an die Macht bringen.

<http://www.jungewelt.de/2015/01-29/015.php>